

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

September 1992

Zu den Pogromen in Rostock und anderen Städten

NAZI-BANDEN: STOSSTRUPPS DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Die Ereignisse sind bekannt: In Rostock griffen mehrere hundert Neonazis tagelang unter dem Beifall verhetzter Anwohner die Aufnahmeunterkunft für Asylsuchende an und versuchten sie zu stürmen, was ihnen nach dem Rückzug der Polizei auch schließlich gelang. Die Steine und Brandbomben wurden in Rostock von neofaschistischen Schlägerbanden geworfen, sie riefen "Heil Hitler!" und "Hängt sie!". Es wäre aber verkehrt, darin nur das Werk von Nazitrupps zu sehen. Dieser Pogrom konnte so nur geschehen auf dem vom westdeutschen Imperialismus, von seinen Parteien und Medien, seiner Polizei und Justiz jahrelang bereiteten Boden, auf dem Boden von staatlicher Ausländerhetze, "Asyldebatte" und deutsch-chauvinistischer Propaganda, auf der Basis von Abschiebeterror und der besonderen Ausbeutung der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Staatsapparat und Neonazis - verteilte Rollen, gleiches politisches Ziel

Es vergeht kaum noch eine Nacht, in der im Machtbereich des westdeutschen Imperialismus nicht Flüchtlingsunterkünfte attackiert werden, Scheiben zu Bruch und Wohnungen in Flammen aufgehen, die Bewohner terrorisiert und verletzt, mit dem Tode bedroht werden.

Rostock war der Auftakt zu einer Welle von rassistischen Gewalttaten und gleichzeitig der vorläufige Höhepunkt einer Kette von Pogromen, Morden und chauvinistisch-rassistischen Übergriffen aller Art, die über Hünxe, Hoyerswerda, den Ausschreitungen nach der Fußball-WM zu den Morden an Ufuk Sahin in Westberlin und Ramazan Avci in Hamburg vor bereits einigen Jahren reicht.

Weil die Geschehnisse von Rostock exemplarisch für zahlreiche ähnliche Aktionen faschistischer Schlägerbanden stehen, muß man sich genau klarmachen, was sich dort abgespielt hat. Denn sie sind nicht nur ein Symptom für das herrschende chauvinistische und rassistische Klima, sondern demonstrieren das jahrelang erprobte Zusammenspiel zwischen den Parteien des westdeutschen Imperialismus, seinen Medien und seiner Polizei und Neonazi-Banden besonders deutlich. Auf diesem Gebiet funktioniert die Übertragung von westdeutschem Know-how in die sog. neuen Bundesländer hervorragend.

Wohlkalkuliert war bereits die Vorbereitung. Wir meinen hier nicht die der Neonazi-Trupps, sondern die der Ausländerbehörden und der Stadtverwaltung. Ganz bewußt wurde eine so große Zahl von Flüchtlingen, überwiegend Roma aus Rumänien, diesem Aufnahmeheim zugewiesen, daß einigen nichts anderes übrig blieb, als im Freien vor dem Gebäude zu campieren und zu übernachten. Nicht einmal für die notwendigen

sanitären Einrichtungen wurde von den Behörden gesorgt, geschweige denn sich um andere Unterbringungsmöglichkeiten gekümmert.

Solche Mittel gehören zur allseits betriebenen Strategie der Abschreckung gegenüber den Flüchtlingen, unzumutbare Zustände zu schaffen, unzumutbar in erster Linie für die Asylsuchenden. Und so ganz nebenbei spekuliert diese Abschreckungspraxis darauf, daß sich Unmut über derlei Verhältnisse, nein nicht bei den eigentlich Betroffenen, sondern bei Anwohnern regt, die diesen nicht etwa gegen die Verantwortlichen, sondern gegen die Opfer richten - zusätzlich aufgepuscht von geifernden Gazetten und zynisch taktierenden Politikern. Das ist das **gewollte Resultat**, die Atmosphäre, in der neonazistische Pogromhelden auf den Plan treten können und der deutsche Spießbürger Beifall klatscht.

Und sie hatten nicht viel zu fürchten, weder die Totschläger noch die Claqueure, denn die Rostocker Polizeiführung hielt nur die allernotwendigsten Kräfte im Einsatz, um eine direkte Erstürmung des Gebäudes zu verhindern, ansonsten konnte sich der Mob mehr oder weniger ungehindert austoben, Festnahmen erfolgten nur sporadisch. Und schließlich, nachdem das Flüchtlingsheim schon mehrere Nächte regelrecht bombardiert worden war, zog sich die Polizei vollends zurück und überließ den Sturmtrupps das Feld. Das Heim konnte so von ihnen in Brand gesteckt werden und die 150 noch dort befindlichen vietnamesischen Arbeiter blieben ihrem Schicksal überlassen. Ihre Hilferufe wurden von den Polizeioffizieren ignoriert, der Feuerwehr der notwendige Schutz für die Löscharbeiten verweigert. Die Eingeschlossenen, die vor den Flammen bis ins oberste Stockwerk flüchten mußten, entkamen dem Tod nur durch den Zufall, daß sich Werkzeuge für den Ausbruch aufs Dach fanden. Das schließliche Eingreifen der Polizei war wohl nur dem Umstand zu schulden, daß ebenfalls einige deutsche Journalisten eingeschlossen waren,

denen es nach mehreren Stunden über Umwege gelang, für ihre Lage Aufmerksamkeit zu schaffen.

Ein ganz anderes Bild bot sich am ersten Wochenende nach dem Beginn der Pogrome, als in Rostock eine antifaschistische Gegendemonstration stattfand. Tausende von Polizeikräften, einschließlich westdeutscher Verstärkung und Bundesgrenzschutz waren plötzlich zur Stelle. Bereits zwei Tage zuvor waren 30 Antifaschisten in der Stadt festgenommen und gegen vier von ihnen Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs erlassen worden, wobei dafür bereits die Tatsache ausreichte, daß die Polizei im Auto einer der Verhafteten einen als Holzknüppel deklarierten Gegenstand fand. Einschlägige Blätter, der mecklenburgische Innenminister und andere Figuren, die zuvor "Verständnis" für die faschistischen Randalierer und ihre Unterstützer bekundet hatten, warnten nun vor "linken Chaoten" und hetzten gegen die Antifaschisten. Am Tag der Demonstration glich Rostock einem Heerlager. Mehrere tausend Teilnehmer blieben bei der Anreise stundenlang vor Straßensperren stecken, Schutzgegenstände und andere "Waffen" wurden beschlagnahmt, 90 Demonstranten schon bei Kontrollen festgenommen.

Die offenkundige Freigabe des Flüchtlingsheims zur Erstürmung durch die Totschlägerbanden, Zermürbungstaktik und Festnahmen gegen antirassistische Demonstranten, rigoroses Vorgehen gegen berechnete antifaschistische Gegenwehr - das kennzeichnet die Strategie der Polizei in Rostock und dahinter steckt System!

Auch wenn manche Politiker des westdeutschen Imperialismus ihre "Empörung" über die rassistischen Menschenjagden bekunden - was sie morgen meist schon selbst nicht mehr wissen - und wieder einmal "tief betroffen" sind - vor allem über "den Schaden für das Ansehen Deutschlands" -, darf man sich von derlei Geschwätz nicht täuschen lassen; genauso wenig wie durch die Tatsache, daß es zwischen Neonazis und der Polizei zu Auseinandersetzungen kommt.

Die Reaktionen des Staatsapparates auf die Angriffe gegen Flüchtlingswohnheime und Ausländer und sein Vorgehen gegenüber den faschistischen Banden sind vor allem eine Frage des Kalküls. Die westdeutschen Imperialisten wollen die Herren des Verfahrens bleiben, daher wird auch einmal eine Asylunterkunft vor dem Schlimmsten bewahrt und ein "Sieg Heil!"-Schreier abgeführt.

Allein der Blick auf die Praxis der Polizei des westdeutschen Imperialismus in den vergangenen Jahren und heute sollte vor dem Fehlschluß bewahren, dies hätte irgendetwas mit antifaschistischen Motiven zu tun. **Der Ruf "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" ist heute berechtigt denn je**, denn welche Versammlung von Faschisten etwa wird nicht gegen antifaschistische Demonstranten "verteidigt"?! Mordtaten wie die an Amadeu Antonio in Eberswalde geschehen unter den Augen der untätigen Polizei. Flüchtlinge werden ganz rechtstaatlich mißhandelt wie nach einer Protestaktion im Bremer Stadion.

Es handelt sich hier nicht um grundsätzliche Widersprüche, denn in den politischen Zielen besteht zwischen dem Staatsapparat der westdeutschen Imperialisten und den Neonazisten durchaus Einigkeit. "Ausländer raus!" heißt im Amtsdeutsch Abschiebung, aus "Schmarotzer-



Pogromhetze und Kriegstreiberei unterliegen derselben Regie

Vor einigen Tagen war in einer Zeitungskarikatur ein vor dem Fernseher sitzendes Ehepaar abgebildet, das sich angesichts der Bilder von einem brennenden Haus unschlüssig war, ob diese aus Sarajewo oder Rostock stammten. Der von dem Zeitungszeichner oberflächlich hergestellte Zusammenhang der Ereignisse ist in Wirklichkeit sehr tief und unmittelbar.

Der von beiden Seiten ungerechte Krieg in Jugoslawien wurde von den westdeutschen Imperialisten dazu benutzt, deutsche Kriegsschiffe unter UNO-Deckmantel in Marsch zu setzen, um so dem Einsatz der Bundeswehr "im Ernstfall" ein weiteres Stück näher zu kommen. "Darf die Bundesmarine schießen?" ist die offen diskutierte Frage, mit der Soldaten und Bevölkerung auf die militärische Aggression gegen andere Länder und Völker eingestimmt werden sollen. Der westdeutsche Imperialismus hat den Krieg in Jugoslawien mit inszeniert und schürt ihn weiter; unter Ausnutzung der alten Verbindungen aus der Zeit des Hitlerfaschismus zum Ustascha-Staat wird Kroatien heute als Verbündeter und Brückenkopf aufgebaut. Es geht um Einflußsphären, und solche auch militärisch zu erobern und abzusichern hat bisher noch keine imperialistische Großmacht Skrupel besessen. Am allerwenigsten darf man solche von den Nachfolgern des deutschen Faschismus erwarten, die sich heute Schritt für Schritt und ganz gezielt auf Aggression und Krieg vorbereiten.

Die Kriegsvorbereitung nach außen geht einher mit der Faschisierung nach innen, sie ergänzen sich und dienen einander. Die offizielle Pogromhetze gegen die "Asylantenflut", die als "Ursachenforschung" getarnten Sympathiewerbungen für faschistische Totschläger oder zumindest für deren Claqueure verfolgen auch den Zweck, auf militärische Abenteuer einzustimmen, den chauvinistischen Gedanken zu verbreiten, andere Völker notfalls mit Gewalt "zur Raison" zu bringen, die "deutschen Interessen" nicht nur im eigenen Land mit Baseballschlägern und Abschiebungen durchzusetzen, sondern auch jenseits der Grenzen mit Landtruppen, Panzern und Kampfflugzeugen. Wie sehr hier alle Parteien des westdeutschen Imperialismus auf Linie gebracht sind, zeigen die jüngsten Beschlüsse des SPD-Vorstandes zum Asylrecht und zu Bundeswehreinsätzen und auch das "Umdenken" in diesen Punkten bei den GRÜNEN.

Das Beispiel Jugoslawien macht diesen Zusammenhang noch auf andere Weise deutlich: Während der mörderische Krieg zwischen den herrschenden nationalen Reaktionen, der auch auf das Konto der westdeutschen Imperialisten geht, Millionen vor Flucht treibt, bei der es oft nur noch ums nackte Überleben geht, wird hier der Rostocker Pogrom zum willkommenen Anlaß genommen, die weitere Verschärfung des Asylrechts bis hin zu seiner faktischen Abschaffung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Opfer der kriegstreiberischen Politik der westdeutschen Imperialisten – ein Drittel der Asylsuchenden in 1992 kam bisher aus dem ehemaligen Jugoslawien – sollen außen vor gehalten werden. Abschiebungen nach Bosnien-Herzegowina wurden bereits durchgeführt.

Die westdeutschen Imperialisten sind nicht nur im Innern, sondern auch nach außen auf Kriegskurs!

pack" werden "Scheinasylanten" oder "Wirtschaftsflüchtlinge"; kein Politiker, der in den letzten Wochen nicht zuerst gefordert hätte, daß das "Flüchtlingsproblem" endlich "gelöst" werden müsse, durch noch mehr Abschottung und Abschreckung und Einschränkung der juristischen Möglichkeiten.

Die westdeutschen Imperialisten setzen ihre Polizei- und juristischen Knüppel mit voller Härte ein, wenn es gilt, "Ausländerpolitik" nach ihren Vorstellungen durchzusetzen. Das tun sie bereits heute und das wird noch weitaus massiver und umfangreicher geschehen, wenn sie es für notwendig und opportun halten.

Die fortwährenden Angriffe auf die Flüchtlingsheime, ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter, die offenen Ausbrüche neofaschistischer Mordlust und der schon alltägliche versteckte Terror, der nur zum Bruchteil bekannt wird, alles paßt genau ins Konzept des westdeutschen Imperialismus, die eigene Bevölkerung chauvinistisch und rassistisch zu verhetzen und von den Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems abzulenken.

★ **Dieses System bringt Neonazis und faschistische Gewalt erst hervor, macht sie hoffähig und zum ergänzenden Bestandteil seines eigenen Gewaltapparates. Die Neonazis wirken als Stoßtruppe des westdeutschen Imperialismus und seiner Abschreckungspolitik gegenüber den Flüchtlingen.**

Den Kampf gegen die Neonazis als Kampf gegen das ganze System begreifen

Die rasende Ausbreitung der braunen Pest, und vor allem die Umstände unter denen dies geschieht, machen dramatisch deutlich, wie weit die Faschisierung der deutschen Verhältnisse bereits fortgeschritten ist. Und man muß es nochmals wiederholen, die Faschisierung des Staatsapparates, des herrschenden gesellschaftlichen Klimas überhaupt hat durch die sog. "Wiedervereinigung", die immer weiter fortschreitende Einverleibung der DDR enormen Auftrieb erhalten.

Dies gilt nicht nur für das Gebiet der ehemaligen DDR, wo der Pogromcharakter der faschistischen Ausschreitungen schon deutlichere Züge

angenommen hat. Auch in Westdeutschland und Westberlin machen Neonazis tagtäglich Jagd auf Flüchtlinge und Ausländer, fliegen Brandsätze in Wohnheime und werden Menschen nur wegen ihres "undeutschen" Aussehens zusammengeschlagen. Hier wie dort gehen die Nazitruppen organisiert und gezielt vor. Außerdem muß gesehen werden, daß faschistische Banden aus Westberlin oder Hamburg auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ihr Unwesen treiben und Kräfte sammeln.

Antifaschistische Selbsthilfe, die den Neonazi-Banden entgegentritt, tut bitter Not und sie kann nur von unten, ohne Illusionen in den Polizei- und Justizapparat organisiert werden. Angesichts der direkten Begünstigungen der kahlgeschorenen Totschläger durch die Polizei ist ganz deutlich geworden, daß sich auf den Staatsapparat niemand verlassen kann, der von den Nazis bedroht ist. Im Gegenteil, oft genug haben Polizeikräfte antifaschistische Demonstranten daran gehindert, Flüchtlingsheime zu schützen und gegen die Angreifer vorzugehen.

Wer von Nazi-Terror bedroht ist, hat das unbedingte Recht, sich dagegen zur Wehr zu setzen und der bewaffneten faschistischen Gewalt mit gebührenden Mitteln zu antworten. Es bleibt gar keine andere Möglichkeit und eine andere Sprache wird auch nicht verstanden. Sich darauf bewußt vorzubereiten und mit den notwendigen materiellen Mitteln auszustatten, die Flüchtlinge und Asylsuchenden gezielt, aber nicht leichtsinnig dabei einzubeziehen, ist für die antifaschistischen Kräfte ein aktuelles Erfordernis.

Es ist ganz sicher richtig, daß antifaschistische Kräfte aus Westberlin bzw. Westdeutschland in Rostock oder Quedlinburg demonstrieren und Aktionen zum Schutz der Wohnheime unternommen haben. Die Notwendigkeit der Unterstützung für die Antifaschisten in der ehemaligen DDR ergibt sich nicht zuletzt aus der dortigen massiven Präsenz von zugereisten Neonazis.

Es muß dabei jedoch eine Sensibilität dafür geschaffen werden, nicht auf andere Weise das nachzuvollziehen, was die westdeutschen Imperialisten mit der immer weiter fortschreitenden Einverleibung der DDR praktizieren. Arrogante "Führungsansprüche" und ähnliches sind ganz fehl am Platz. Es ist in erster Linie die Aufgabe der antifaschistischen und revolutionären Kräfte in der ehemaligen DDR, im Kampf gegen die braunen Banden und die zunehmende Faschisierung die

Initiative zu ergreifen. Nur ein solches Herangehen kann eine gesunde Basis für Solidarität und gegenseitige Unterstützung sein. Unter dem Gesichtspunkt der praktischen Möglichkeiten, den Nazi-Banden entgegenzutreten und Flüchtlingsunterkünfte zu schützen, ist es dringend erforderlich, vor allem die Kräfte vor Ort zu organisieren und präsent zu sein.

Wenn aktuell das Treiben der Nazibrut im Blickpunkt steht und Antifaschisten ihre – leider noch sehr beschränkten Kräfte – auf deren Aktivitäten konzentrieren, dürfen aber ihr Zusammenhang und ihre tieferen Ursachen nicht aus den Augen verloren werden. Zu groß ist sonst die Gefahr, der Propaganda vom "Rechtsstaat" zu erliegen, der doch das kleinere Übel sei.

★ **Es ist das ganze System des westdeutschen Imperialismus, welches die Faschisierung auf allen Gebieten, nicht nur durch die Aufzucht brauner Banden, betreibt. Die staatliche Gewaltmaschine ist letzten Endes die größte Gefahr und die eigentliche Stütze von Ausbeutung und Unterdrückung, von herrschendem Chauvinismus und Rassismus. Wer die Neonazis konsequent bekämpfen will, darf nicht in die Falle der Staatsgläubigkeit tapen!**

Über welche Steigerungsmöglichkeiten nicht nur des Terrors nach innen, sondern auch der mörderischen Aggression gegen andere Völker die deutsche Bourgeoisie verfügt, hat der Hitlerfaschismus mit seinen bisher beispiellosen Verbrechen gezeigt. Die Errichtung einer faschistischen Diktatur im Herrschaftsbereich des westdeutschen Imperialismus steht nicht unmittelbar auf der Tagesordnung; auch gibt es wichtige Unterschiede zwischen der heutigen Situation und der Lage vor 1933, wie die damalige Existenz einer starken kommunistischen Arbeiterbewegung. Aber es ist eine geschichtliche Erfahrung, daß das herrschende Finanzkapital in zugespitzten Situationen, nicht nur um seine Macht zu sichern, sondern auch um durch Krieg und Aggression andere Völker auszubeuten und seine Einflußsphären auszudehnen, zum Mittel einer faschistischen Diktatur greifen wird. Und dies wird heute bereits vorbereitet: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!

Wenn wir grundlegend betonen, daß es die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Gesellschaftsordnung ist, die Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und Kriegstreiberei hervorbringt, heißt das keineswegs, daß die Werktätigen, obwohl sie selbst ausgebeutet und unterdrückt werden, nicht, – in unterschiedlichem Maße – eine Mitverantwortung für die Geschehnisse hätten. Dies galt für das deutsche Volk zur Zeit des Hitlerfaschismus, das weitestgehend die Ermordung seiner besten Kräfte in den Konzentrationslagern schweigend duldete, das Auschwitz geschehen ließ und sich zum Werkzeug von Hitlers Vernichtungsfeldzügen machen ließ, viele begeistert und als aktive Verbrecher.

Eine solche Mitverantwortung ist auch heute gegeben, denn neben den chauvinistisch und rassistisch verhetzten Beifallklatschern für die faschistischen Sturmtruppen ist es vor allem die "schweigende Mehrheit", die den Nazibanden solchen Auftrieb ermöglicht, die den staatlichen Rassismus, die Abschreckung und Abschiebung der Flüchtlinge in diesem Maße zuläßt.

Für die Antifaschistischen und Revolutionäre, Marxisten- Leninisten kann das nur bedeuten, sich ihrer eigenen Verantwortung zu stellen, den Kampf gegen die faschistischen Banden wie gegen die Faschisierung des Staatsapparats zu verstärken. In diesem Kampf muß aber bewußt sein und bewußt gemacht werden, daß die Ursache der allseitigen Faschisierung das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung, der westdeutsche Imperialismus selbst ist. Der braunen Pest wird erst dann der Garaus gemacht werden können, wenn dieses System und sein Staatsapparat in der proletarischen Revolution zerschlagen werden.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!